

Niederschrift
über die Sitzung des Rates
am Dienstag, dem 11.12.2007

Folgende Tagesordnungspunkte werden behandelt:

I. Öffentlich

- | | |
|---|---|
| 1 | Einwohnerfragestunde |
| 2 | Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 30.10.2007 |

II. Eingaben an den Rat

- | | | |
|---|-------------------|---|
| 3 | 05 - 14 0752/2007 | Straßenbeleuchtung an der B 8 in Vrasselt |
| 4 | 06 - 14 0751/2007 | Trödelmarkt in Hüthum an der alte Molkerei;
hier: Verkehrs- und Parkprobleme |

III. Vorlagen

- | | | |
|----|----------------------|--|
| 5 | 02 - 14 0733/2007 | 2. Nachtragssatzung zur Vergnügungssteuersatzung vom 18.12.2002 |
| 6 | 02 - 14 0758/2007 | Haushaltssatzung 2008;
hier: Einbringung |
| 7 | 04 - 14 0761/2007 | Erlass einer Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des
"Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern
(Kinderbildungsgesetz KiBiz-NRW)" |
| 8 | 05 - 14 0739/2007 E1 | Verkehrsführung in Praest;
hier : Aufhebung der Öffnung der Straße Praestsches Feld
zum Bahnweg |
| 9 | 05 - 14 0738/2007 E1 | Bahnübergangs-Beseitigungskonzept
hier: Fortführung |
| 10 | 06 - 14 0760/2007 | Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen;
hier: Wahl der Stellvertreter |

- 11 06 - 14 0744/2007 Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen "9. Autoshow sowie Frühlings- und Ostermarkt" am 16.03.2008
"Emmerich im Lichterglanz/775 Jahrfeier Stadt Emmerich a. Rh." am 01.06.2008
"Stadtfest" am 07.09.2008
"Weihnachtsmarkt" am 14.12.2008
- 12 06 - 14 0742/2007 E2 6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeldern für Wochenmärkte und Volksfeste der Stadt Emmerich am Rhein vom 11.05.1983
hier: Neukalkulation der Jahrmarktgebühren (Kirmes)
- 13 14 - 14 0732/2007 Änderung der Rechnungsprüfungsordnung vom 12.04.2000
- 14 14 - 14 0731/2007 E1 Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2006 und über die Entlastung des Bürgermeisters gem. § 94 Abs. 1 GO NW
- 15 41 - 14 0754/2007 Beratung und Beschlussfassung über den Bericht der Prüfung des Lageberichtes und des Jahresabschlusses für das Wirtschaftsjahr 1. August 2006 bis 31. Juli 2007 des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte der Stadt Emmerich am Rhein
- 16 70 - 14 0747/2007 Änderung der Anlage zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006
hier: 2. Nachtragssatzung
- 17 70 - 14 0748/2007 Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgung der Stadt Emmerich am Rhein vom 16.12.1999
hier: 6. Nachtragssatzung
- 18 70 - 14 0749/2007 Beratung des Wirtschaftsplans der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein für das Wirtschaftsjahr 2008
- 19 Mitteilungen und Anfragen
- 20 Einwohnerfragestunde

Anwesend sind:

Die Mitglieder:

- Arntzen, Helmut
- Bartels, Gerd-Wilhelm
- Beckschaefer, Christian
- Bongers, Sandra
- Braun, Elisabeth
- Brink ten, Johannes
- Brockmann, Manfred
- Diekman, Rolf
- Elbers, Markus Herbert
- Gertsen, Gerhard
- Gies, Norbert
- Hinze, Peter
- Jansen, Albert
- Kukulies, Christoph
- Kulka, Irmgard

Kunigk, Heinz-Gerhard Adolf
 Labod, Jörg
 Lang, Hermann
 Lorenz, Marianne
 Mölder, Manfred
 Offergeld, Birgit
 Roebrock, Wilhelm
 Sickelmann, Ute
 Siebers, Sabine
 Slood, Birgit
 Spiertz, Andre
 Trüpschuch, Elke
 Ulrich, Herbert
 Weicht, Sigrid

Entschuldigt fehlen:
 Arntz, Anneliese
 Hövelmann, Gabriele
 Jessner, Udo
 Koster, Gregor
 Spiegelhoff, Werner
 Tapaß, Udo
 Went, Uwe

Von der Verwaltung:
 Bürgermeister, Diks, Johannes
 als Vorsitzender

Erster Beigeordneter Dr. Wachs, Stefan
 Stadtkämmerer Siebers, Ulrich
 Barfuß, Arnfried
 Berk, Melanie
 Gürtzgen, Stefan
 Holtkamp, Günter
 Kemkes, Jochen
 Kleipaß, Herbert
 Lebbing, Martina
 Scheletter, Katharina
 Schlitt, Karin
 Slyter, Nicole
 Evers, Marita (Schriftführerin)

Vom Eigenbetrieb KKK: Heyming, Ludger

Vom Eigenbetrieb KBE: Gruyters, Klaus

Der Vorsitzende eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 17.00 Uhr. Er begrüßt die anwesenden Damen und Herren des Rates, der Verwaltung, die Vertreter der örtlichen Presse und die Einwohner.

I. **Öffentlich**

1 **Einwohnerfragestunde**

Anfragen seitens der Einwohner werden nicht gestellt.

2 Feststellung der Sitzungsniederschrift vom 30.10.2007

Gegen die gemäß § 21 Abs. 4 der Geschäftsordnung zur Feststellung vorgelegte Niederschrift werden keine Einwände erhoben. Sie wird vom Vorsitzenden und der stellvertretenden Schriftführerin unterzeichnet.

II. Eingaben an den Rat

3 05 - 14 0752/2007 Straßenbeleuchtung an der B 8 in Vrasselt

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**4 06 - 14 0751/2007 Trödelmarkt in Hüthum an der alte Molkerei ;
hier: Verkehrs- und Parkprobleme**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Verweisung an den Ausschuss für Stadtentwicklung.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

III. Vorlagen

**5 02 - 14 0733/2007 2. Nachtragssatzung zur Vergnügungssteuersatzung
vom 18.12.2002**

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat beschließt die 2. Nachtragssatzung zur Satzung über die Erhebung von Vergnügungssteuer in der Stadt Emmerich am Rhein (Vergnügungssteuersatzung) vom 18.12.2002.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**6 02 - 14 0758/2007 Haushaltssatzung 2008;
hier: Einbringung**

Vorsitzender Johannes Diks:

"Ich versuche das in wenigen kurzen Sätzen zu machen und auch möglichst ohne Zahlen, ich denke, auf die Details geht gleich der Kämmerer ein. Einige Vorbemerkungen zum Haushalt. Wir haben zunächst einmal zwei schwere Jahre hinter uns. Das will heißen, das Jahr 2006 und das Jahr 2007 waren in der Tat nicht einfach. Wir hatten im Jahr 2006 einen Haushalt, der trotz hohem erwarteten Gewerbesteueraufkommen von 18,5 Mio. Euro einen nicht strukturell ausgeglichen war. Wir hatten dann auch die Situation im Jahr 2006, dass wir weitere Verschlechterungen hinnehmen mussten und zwar in einer Größenordnung von 4,2 Mio. indem also die Gewerbesteuer nicht so floss, wie das vermutet wurde. Der Haushalt hatte sich dadurch um 2,8 Mio. € verschlechtert und wir haben dann mit Haushaltssperre und Inanspruchnahme aller Möglichkeiten, die wir hatten, auch einschl. der Tatsache, dass unsere allgemeine Rücklage hier in Gänze aufgebraucht wurde, dann den Haushalt soeben noch ausgleichen können.

Wir haben in 2007 eine ähnliche Situation gehabt, trotz Anhebung des Gewerbesteuersatzes und trotz Anhebung der Grundsteuer B und trotz Senkung des Haushaltsansatzes im Bereich der Gewerbesteuer von 18,5 Mio. auf 15,6 Mio. € auch in 2007 keinen strukturell ausgeglichenen Haushalt. Es fehlten uns 3,1 Mio. Euro. Es waren Kreditaufnahmen in Höhe von 3,8 Mio. Euro vorgesehen.

Schlüsselzuweisungen brachten systembedingt natürlich in 2007 noch keinen Ausgleich. Der im Herbst prognostizierte Fehlbetrag von 625.000 Euro stieg jetzt gegen Jahersende nochmals auf rd. 2 Mio. Euro. Wiederum durch gefallene Gewerbesteuereinnahmen oder auch besser ausgedrückt durch teilweise Rückzahlungen im Bereich der Gewerbesteuer. Entgegen kam uns hier allerdings dann die Situation, dass im Bereich der Einkommensteuer ein Plus zu verzeichnen war in einer Größenordnung von 900.000 Euro. Und weiterhin entgegen kamen uns dann die Zahlungen des Landes Nordrhein-Westfalen, die a) den Nonnenplatz abgerechnet hatten und b) auch eine erste Teilzahlung für die Rheinpromenade in einer Größenordnung von 900.000 Euro uns haben zukommen lassen.

Wie sieht nun das Haushaltsjahr 2008 aus? Hier muss man zunächst einmal sagen, dass das der letzte kamerale Haushalt ist. Ab dem 01.01.2009 wird es einen kommunalen Produkthaushalt nach dem neuen NKF geben.

Dieser beinhaltet dann das doppelte System mit Bilanz, mit Finanzrechnung und Ergebnisrechnung. Nach dem Einbruch der Gewerbesteuer 2006 und 2007 haben wir durch die Unternehmenssteuerreform 2008 wahrscheinlich wiederum weitere Einbußen zu erwarten. Aus diesem Grund, da gibt es in der kaufmännischen Formel den vorsichtigen Kaufmann schlagen wir vor, den Gewerbesteueransatz nur noch mit 12,5 Mio. Euro vorzusehen. Ich will hier gerne noch einmal in Erinnerung rufen, dass das ein Riesenunterschied ist. Ergebnis 2005 19,1, dann runter auf 18,5, dann auf 15,6 runter und nun sind wir bei 12,5 Mio. Euro. Der Ausgleich auf der Einnahmenseite und jetzt greift das System an der Stelle, den erreichen wir dann allerdings in 2008 durch die Zahlungen der Schlüsselzuweisungen des Landes in einer Größenordnung von 6,1 Mio. Euro. Die Verwaltung hat ihre Hausaufgaben gemacht. Ich möchte mich hier ausdrücklich bedanken bei all denjenigen, die den Haushaltsplanentwurf entsprechend vorbereitet haben.

Die Personalkosten konnten leicht gesenkt werden und dass trotz der Einplanung von einer möglichen Steigerung im Bereich des Tarifvertrages um etwa 3 %. Die Budgetvorgaben wurden bis auf begründete Ausnahmen eingehalten. Auch das ist ein ganz wichtiger Bereich. Es wird keine, zumindest nach unserem Vorschlag, keine Kürzungen der freiwilligen Leistungen geben. Die Verwaltung schlägt keine Steuerveränderungen vor. Der Verwaltungshaushalt ist seit vielen Jahren erstmalig und ich muss auch sagen, da bin ich ein bisschen stolz drauf und das nehme ich nicht für mich in Anspruch an der Stelle, ich glaube, da können wir als Verwaltung stolz sein, auch strukturell ausgeglichen. Es wird keine Nettoneuverschuldung geben, trotz nach wie vor hoher Investitionen in und für unsere Stadt. Die Finanzplanung sieht keine Kreditaufnahmen in den Jahren 2009 bis 2011 vor. Ab dem Jahr 2010 kann es nach der Finanzplanung sogar einen Überschuss geben. Das werden Sie, wenn Sie den Haushaltsplanentwurf am Schluss der Sitzung erhalten, sehen können. Das klingt alles sehr positiv. Dennoch sind wir lange nicht am Ziel und die positiven Eckwerte dürfen nicht dazu beitragen, nun wieder aus dem Vollen schöpfen zu wollen. Wir gehen davon aus, dass der Rat dem ernstesten Sparwillen der Verwaltung nun auch folgt. Denn Sie haben uns letztendlich immer damit beauftragt, so vorzugehen, damit wir ab 2009 dann in der Lage sind, die Steuererhöhungen des vergangenen Jahres und das haben wir auch so versprochen, wieder zurücknehmen zu können, um die großen Aufgaben der nächsten Jahre, wie z. B. der Fragestellung Bundeswehrgelände oder die Innenstadt oder eben auch das große Thema Betuwe, das uns in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten hier begleiten wird, auch bewältigen zu können. Herzlichen Dank an der Stelle für Ihre Aufmerksamkeit und ich bitte den Kämmerer nun tiefer, denke ich, in die Zahlen zu gehen."

Stadtkämmerer Ulrich Siebers:

"Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Sie sehen einen ausgeglichenen Kämmerer, aber warum sollte das bei diesem Haushalt auch anders sein.

Der heute eingebrachte Haushalt 2008 ist der 22. Haushaltsplan, den ich mit aufgestellt habe,

- der 9. Haushaltsplan, den ich eigenverantwortlich vorgestellt habe,
- bereits der 7. Haushaltsplan in Euro,
- der 4. Haushaltsplan als Budgethaushalt und
- mein letzter Haushalt auf kameraler Grundlage.

In diesen 22 Jahren wurden Eigengesellschaften und Eigenbetriebe gegründet und damit Aufgaben aus dem städtischen Haushalt ausgegliedert, Abschaffung Lohnsummensteuer, Abschaffung Gewerbesteuer auf das Kapital, Gewerbesteuerumlage-Sätze zwischen 52% und 114 % (heute 65 %), Solidarbeitrag und Kostenbeteiligung am Fond Deutsche Einheit, 50 %-Beteiligung an den BSHG-Kosten, 2005 SGB-II („Hartz IV“) als Optionskommune, ab Juli 2006 wieder 50%ige Beteiligung, diesmal an den Unterkunftskosten, Wegfall projektbezogener Landeszuweisungen, dafür Pauschalzuweisungen für die Feuerwehr, für die Schulen, für den Sport, ÖPNV-Umlage, Anspruch auf Kindergartenplatz, Schulbetreuung acht bis eins und Ganztagschulen, Gewerbesteuererinnahmen zwischen 8,0 (1986) und 20,7 MIO EUR (2003), dieses Mal 12,5 MIO EUR, 1994 und 1995 Haushalts sicherungskonzepte, Verschuldungsgrenze, 3 Haushaltssperren und 3-mal abundante Gemeinde ohne Schlüsselzuweisungen.

Dieses sind nur ein paar Positionen zur Haushalts- und Finanzlage der Stadt in den vergangenen Jahren.

Sie sehen, es ist ein ständiges Auf und Ab. Insbesondere macht uns oftmals die Systematik des Finanzausgleichs Probleme, wenn hohe Steuereinnahmen in Vorjahren nur zu einer geringen oder gar keiner Schlüsselzuweisung führen.

Wenn dann im neuen Jahr die Steuereinnahmen wieder auf ein durchschnittliches Aufkommen sinken, kommt der Ausgleich durch die Schlüsselzuweisung erst im übernächsten Jahr. Es hört sich meistens nur gut an, wenn wir uns als „abundante“ Gemeinde bezeichnen können, weil es Finanzstärke vortäuscht. Tatsächlich waren aber diese Haushaltsjahre, die abundanten, die mit den größten Finanzierungsproblemen:

- 2004 keine Schlüsselzuweisung, veranschlagt waren 8,2 MIO EUR Zuführung an den Verwaltungshaushalt, gerettet durch den Verkaufserlös aus der Teilprivatisierung der Abwasserbeseitigung!
- 2006 keine Schlüsselzuweisung: Haushaltssperre!
- 2007 noch niedrige Schlüsselzuweisung: struktureller Ausgleich nicht möglich, inzwischen sogar erwarteter Fehlbetrag im Jahresabschluss!

Rücklagenbestände? Sonderrücklage aus Parkgebühren? Sind schon alle weg. Damit bin ich aber auch schon aktuell beim Haushaltsplanentwurf 2008 angekommen. Der Verwaltungshaushalt ist, wie Herr Diks es gesagt hat, wieder strukturell ausgeglichen, Steueraufkommen und Schlüsselzuweisung liegen wieder im Gleichgewicht. Ich gebe zu, dass wir damit aber nicht im Kreis-Trend liegen: Während alle anderen Kommunen im Kreis Kleve ein höhere Steuerkraft als im Vorjahr haben, das Gesamtkreisergebnis bei + 13,6 % liegt, ist Emmerich die einzige Kommune im Kreis Kleve, die in der maßgebenden Referenzperiode für die Berechnung der Schlüsselzuweisung 2008 ein Minus von 10,0 % aufweist. Hier kommen die Steuereinbrüche aus dem 2. Halbjahr 2006 voll zur Wirkung. Ich will aber auch nicht verschweigen, dass der vom Land festgesetzte Grundbetrag für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen mit 767 € eine starke Verbesserung gegenüber dem Vorjahr mit 685 € erfahren hat. So konnte für 2008 insgesamt nach 754 TEUR in 2007 für das neue Haushaltsjahr 2008 eine Schlüsselzuweisung von 6,1 MIO EUR veranschlagt werden.

Die Gewerbesteuer: Ein erfolgreiches Kind, aber auch ein schwieriges Kind. Wie ich schon aufgezeigt habe, bergen die Schwankungen in den jeweiligen Jahren ein großes Finanzierungsrisiko für die folgenden Haushaltsjahre. Einnahmeausfälle durch Gesetzesänderungen des Bundes werden nur bedingt ausgeglichen, hier dann meistens über eine Absenkung des Gewerbesteuer-Umlagesatzes. Aber auch für 2008 wird durch die Unternehmenssteuerreform 2008 nach einer Proberechnung des Rechenzentrums mit Einnahmeausfällen, insbesondere von den großen Steuerzahlern, von mindestens 2 MIO EUR gerechnet, die Absenkung der Gewerbesteuerumlage von 73 auf 65 %-Punkte macht aber nur eine Entlastung für den städtischen Haushalt von rd. 240 TEUR aus!

Positiv hingegen ist die Entwicklung bei dem Anteil an der Einkommensteuer, dessen Ansatz mit 8 MIO EUR um 900 TEUR höher angesetzt ist, als im Vorjahr.

Auf der Ausgabenseite in der Verteilmasse sehe ich nicht unproblematisch den Ansatz für die Kreisumlage, die immerhin mit 9,8 MIO EUR 22 % aller Ausgaben des Verwaltungshaushaltes ausmacht.

Aus den insgesamt im Kreis gestiegenen Umlagegrundlagen durch die ansonsten gestiegene Steuerkraft dürften dem Kreis bei durch seinen Doppelhaushalt 2007/2008 festgesetztem Hebesatz von 35,33 % für die Kreisumlage rd. 10 MIO EUR mehr zufließen. Ich gehe davon aus, dass es hier noch eine Anpassung - nach unten - zur Entlastung der Kreiskommunen geben wird. Ich habe deshalb auch nur einen Ausgabeansatz für die Stadt Emmerich am Rhein auf der Basis eines Hebesatzes von 33 % ermittelt.

Insgesamt wird uns zu Gute kommen, dass wir als einzige Kommune im Kreis eine niedrigere Steuerkraftmesszahl aufweisen und damit unser Anteil an dem Gesamteinnahmeaufkommen des Kreises aus der Kreisumlage anteilig geringer ausfallen wird.

Die Fachbereichsbudgets sind eng gestrickt. Im Allgemeinen belaufen sie sich auf dem Niveau des Vorjahres, wobei in Einzelfällen höhere Zuschussbedarfe zugestanden werden mussten. Dies war insbesondere im Budget des Fachbereiches Immobilien und im Budget des Jugendamtes unumgänglich. Der Zuschussbedarf für das Budget 300 Immobilien ist 178 TEUR höher vor allem aufgrund der gestiegenen Energiepreise. Das Budget 410 Jugendamt ist 461 TEUR höher, was hier durch gestiegenen Ausgabebedarf für die Jugendhilfe begründet ist. Daneben schlagen hier die Kosten für die Kindergärten zu Buche, die derzeit den Haushaltsentwurf 2008, im Gegensatz zum Vorjahr, mit zusätzlich 95 TEUR belasten. Auch dies ist noch eine Risikoposition des Haushaltes, weil die finanziellen Auswirkungen des neuen Kinderbetreuungsgesetzes (KiBiz) noch nicht genau vorhersehbar sind. Wir müssen uns aber die Frage beantworten, was wir vor Ort finanziell nicht nur wollen sondern auch tragen können.

Ich betone noch einmal: Der Verwaltungshaushalt konnte strukturell ausgeglichen werden. Aber er ist „auf Kante genäht“. Es ist nämlich auch kein Überschuss herausgekommen, sondern ich habe noch von der Schulpauschale von 738 TEUR - zulässigerweise - 117 TEUR abgezweigt für bauliche Maßnahmen im Verwaltungshaushalt.

Aber auch den Vermögenshaushalt will ich mal als „ausgeglichen“ bezeichnen, da die erforderliche Kreditaufnahme von 1.140.000 € die Gesamthöhe der Tilgungen von 1.166 TEUR unterschreitet. Wir haben damit keine Nettoneuverschuldung ausweisen müssen. Das Investitionsvolumen ist mit 5,4 MIO EUR nur um 82 TEUR niedriger als im Vorjahr - und auch nur um 137 TEUR höher als noch vor einem Jahr in der damaligen Finanzplanung vorgesehen.

Neben der stetigen Fortführung der Instandsetzung der Schulen und der Straßenneu- und umbauten Kettelerstraße, Auf der Heide, Van-Onna-Weg, Pesthof, Tempelstraße und Steinstraße konnten wir in 2008 endlich auch die Ersatzbeschaffung eines Tanklöschfahrzeuges für die Feuerwehr (aus 1983) finanzieren, dessen Anschaffung nach der nur noch pauschalierten Feuerschutzzuweisung seit Jahren geschoben wurde. Nur 21 % der Investitionen werden aus Krediten finanziert, darüber hinaus mit 45 % zu einem großen Anteil aus Landeszuweisungen. Der Schuldenstand am Jahresende 2008 wird sich damit voraussichtlich nur noch auf 20,3 MIO EUR belaufen. Bis zum Ende des Finanzplanungszeitraumes 2011 ist ein Rückgang des Schuldenstandes auf 15,5 MIO EUR zu verzeichnen, weil schon ab 2009 keine Kreditaufnahmen zur Ausgabenfinanzierung erforderlich werden.

Auch ansonsten ist der im Vorjahr dargestellte Weg für die Finanzplanungsjahre bestärkt worden und die schon damals aufgezeigten Verbesserungen der Haushalts- und Finanzlage gelten fort.

Nach heutigem Stand wird der Verwaltungshaushalt 2009 einen Überschuss von 548 TEUR erwirtschaften, der jedoch zur Finanzierung des Vermögenshaushaltes ohne Kreditaufnahmen dient. In den Jahren 2010 und 2011 weisen sowohl der Verwaltungshaushalt als auch der Vermögenshaushalt Überschüsse insgesamt von 2 MIO EUR bzw. 3,3 MIO EUR aus.

Diese positive Entwicklung der städtischen Finanzen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass zur Erreichung dieser Zahlen die eingeschlagene Haushaltsdisziplin beibehalten wird.

Nicht nur, dass wir ab 2011 gewaltige Investitionen für Bahnübergänge und Betuwe „vor der Brust“ haben, die auch durch städtische Mittel mitzufinanzieren sind, wiederhole ich noch mal mit Fehlbetrag Vorjahr, Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform 2008, Entwicklung der Jugendhilfe- und Sozialhilfekosten, Kindergartenbetreuungsgesetz und Kreisumlage die Risikoposten des Verwaltungshaushaltes.

Meine Damen und Herren, mein Dank geht an alle, die zu dieser positiven Entwicklung und an der Aufstellung dieses Haushaltplanes beteiligt waren. Es ist der letzte kamerale Haushalt, dessen System vor 293 Jahren durch Friedrich Wilhelm I, König von Preußen, eingeführt wurde. Ich hoffe, dass wir diese Epoche kommunaler Haushaltswirtschaft am Jahresende 2008 auch positiv abschließen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit."

Der Entwurf des Haushaltsplanes wird am Ende der Sitzung verteilt

Die Mitglieder des Rates nehmen den Beschluss zur Kenntnis.

Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2008 mit Budget- und Haushaltsplan sowie der vorgeschriebenen Anlagen wird zur weiteren Beratung an die einzelnen Fachausschüsse verwiesen

7 04 - 14 0761/2007 Erlass einer Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des "Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz KiBiz-NRW)"

Der Vorsitzende teilt kurz das Votum des Jugendhilfeausschusses mit. Er verweist auf die Änderung in § 3, Abs. 3 letzter Satz der richtig lauten muss: " Wird ein **ab** dem 1. November geborenes Kind erst nach Vollendung des dritten Lebensjahrs in einer Tageseinrichtung aufgenommen, ist der Elternbeitrag für ein Kind ab drei Jahren zu zahlen."

Mitglied Sickelmann erläutert kurz die Ablehnung ihrer Fraktion. Sie sieht in diesem Gesetz eine Verschlechterung der Betreuungssituation der Kinder. Eine Betreuung besonders der unter dreijährigen Kinder, sofern sie 45 Stunden betreut werden, teurer wird. Eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf, vor allem für die Frauen, ist nicht gegeben, da in wenigen Berufszweigen die Möglichkeit gegeben ist, eine Erziehungszeit von drei Jahren in Anspruch zu nehmen. Mit diesem Gesetz ist diese Möglichkeit nicht erfüllt.

Mitglied Trüpschuch stellt den Antrag, gemäß Vorlage, mit der entsprechenden Ergänzung im Satzungstext, zu beschließen.

Der Rat beschließt die als Anlage 4 beigefügte Satzung zur Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen des „Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz)“.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**8 05 - 14 0739/2007 E1 Verkehrsführung in Praest ;
hier : Aufhebung der Öffnung der Straße Praestsches
Feld zum Bahnweg**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass das Gespräch ergeben hat, die Öffnung der Straße Praestsches Feld bis zum Abschluss der Baumaßnahme bestehen zu lassen und im Sinne einer Einbahnregelung vom Bahnweg kommend für LKW's und PKW's zuzulassen. Die Heinrich-Bienen-Straße wird für den PKW-Verkehr in beide Richtungen und für den LKW-Verkehr aus Richtung Raiffeisenstraße geöffnet. Die Schwester-Bertranda-Straße wird für den PKW-Verkehr in beide Richtungen geöffnet. Der LKW-Verkehr wird über die Grüne Straße aus dem Baufeld herfließen können und der PKW-Verkehr wird in beide Richtungen zugelassen.

Mitglied ten Brink ergänzt, dass die Anwohner in dem Gespräch um eine nochmalige Aufstellung des Verkehrszeichen "Geschwindigkeitsbegrenzung 30 km/h" im Bereich der Wohnbebauung gebeten haben. Weiterhin baten die Anwohner die Bankette des Bahnweges in einer Richtung auszubauen, so dass die Kinder dem Verkehr dort ausweichen können. Er bittet die Verwaltung dieses zu prüfen.

Der Vorsitzende lässt über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen, wie von der Verwaltung vorgetragen, abstimmen.

Der Rat beschließt die Öffnung der Straße Praestsches Feld bis zum Abschluss der Baumaßnahme bestehen zu lassen und im Sinne einer Einbahnregelung vom Bahnweg kommend für LKW's und PKW's zuzulassen. Die Heinrich-Bienen-Straße wird für den PKW-Verkehr in beide Richtungen und für den LKW-Verkehr aus Richtung Raiffeisenstraße geöffnet. Die Schwester-Bertranda-Straße wird für den PKW-Verkehr in beide Richtungen geöffnet. Der LKW-Verkehr wird über die Grüne Straße aus dem Baufeld herfließen können und der PKW-Verkehr wird in beide Richtungen zugelassen.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**9 05 - 14 0738/2007 E1 Bahnübergangs-Beseitigungskonzept
hier: Fortführung**

Erster Beigeordneter Dr. Wachs verweist auf eine redaktionelle Änderung des Beschlussvorschlages. In ersten Satz wird das Wort "abgestimmten" durch "besprochenen" ersetzt.

Mitglied Sickelmann bezieht sich auf ihre ausführliche ablehnende Argumentation im Ausschuss für Stadtentwicklung; ihre Fraktion stimmt dem vorgelegten Beschlussvorschlag nicht zu.

Mitglied Kukulies schließt sich dem an.

Mitglied ten Brink bittet in der Sachdarstellung aus dem letzten Satz das Wort "Planfeststellungsverfahren" zu streichen und wie folgt zu ändern: "Welche der beiden Vorstellungen letztlich zur Ausführung gelangen wird, bleibt **der dann noch anstehenden Umweltverträglichkeitsstudie (Variantenuntersuchung)** überlassen."

Er begründet dies, dass bei dieser redktionellen Änderung deutlicher wird, dass die Varianten noch untersucht werden müssen.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag, gemäß Beschlussvorschlag zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein verabschiedet das **BÜ-Beseitigungskonzept** in seiner überarbeiteten Form, ergänzt um die mit dem Landesbetrieb Strassenbau NRW besprochenen Inhalte (als synoptische Darstellung auch voneinander abweichender Auffassungen zwischen der Stadt und dem Landesbetrieb).

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein nimmt zur Kenntnis, dass sich die Frage nach der Notwendigkeit einer Trassenverlegung der B8 (infolge eines alternativen Ausbaus der Strecke für Hochgeschwindigkeitsverkehr) für den Strassenbaulastträger allenfalls erst nach Abschluss des bahnseitigen Planfeststellungsverfahrens stellen wird.

Nach heutigem Kenntnisstand ist die Umsetzung dieses Gedankens zwar nicht auszuschließen, aber nicht wahrscheinlich. Aufgrund der Unabsehbarkeit des Szenarios ist eine sachgerechte Entscheidung des Rates hinsichtlich des „Ob“ und „Wie“ der ‚Trassenidee B8 neu‘ zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich.

Die Verwaltung wird daher beauftragt:

1. ein abschließendes Einvernehmen über das überarbeitete BÜ-Beseitigungskonzept zwischen allen Beteiligten, Stadt - Strassenbaulastträger - DB, im Sinne eines gemeinsamen Projektplanes, herzustellen.
2. als erste Schritte im Sinne dieser Projektrealisation, gemeinsam mit der DB-AG, folgende Teilprojekte anzugehen:

- **die Schließung der BÜ's Jahnstrasse und Sonderwykstrasse**

- **den Ersatz von zwei schienengleichen Bahnübergängen in der Ortslage Praest durch eine Eisenbahnüberführung nördlich der Raiffeisenstrasse**

- **den Ersatz des schienengleichen Bahnüberganges Emmericher Straße (B 8) in der Ortslage Elten durch eine Straßenüberführung nördlich der Mühle.**

3. die Entwicklung des Hochgeschwindigkeitsszenarios weiter zu verfolgen und dem Rat sich ggfs. ergebende Sachverhaltsänderungen mitzuteilen.

Beratungsergebnis: 27 Stimmen dafür, 3 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**10 06 - 14 0760/2007 Neu- und Wiederwahl von Schiedspersonen ;
hier: Wahl der Stellvertreter**

Der Vorsitzende lässt über den mehrstimmigen Antrag gemäß Vorlage zu beschließen, abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein wählt Frau Christa Jeromin als Stellvertreterin für den Schiedsmannbezirk I (dortiger Schiedsmann Herr Josef Verhaegh) und Herrn Manfred Deis als Stellvertreter für den Bezirk III (dortiger Schiedsmann Herr Gregor Reintjes).

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 11 06 - 14 0744/2007 **Erlass einer ordnungsbehördlichen Verordnung über die, Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der Veranstaltungen**
"9. Autoshow sowie Frühlings - und Ostermarkt" am 16.03.2008
"Emmerich im Lichterglanz / 775 Jahrfeier Stadt Emmerich a . Rh." am 01.06.2008
"Stadtfest" am 07.09.2008
"Weihnachtsmarkt" am 14.12.2008

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die vorliegende ordnungsbehördliche Verordnung über die Offenhaltung von Verkaufsstellen aus Anlass der vorgenannten Veranstaltungen im Gebiet der Stadt Emmerich am Rhein.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 12 06 - 14 0742/2007 E2 **6. Änderung der Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeldern für Wochenmärkte und Volksfeste der Stadt Emmerich am Rhein vom 11.05.1983 hier: Neukalkulation der Jahrmarktgebühren (Kirmes)**

Die Mitglieder Gertsen und Diekman stellen den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt die 6. Nachtragsänderung zur Satzung über die Erhebung von Marktstandsgeldern für Wochenmärkte und Volksfeste der Stadt Emmerich am Rhein vom 11.05.1983

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

- 13 14 - 14 0732/2007 **Änderung der Rechnungsprüfungsordnung vom 12.04.2000**

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat beschließt, den § 2 Ziffer 2 der Rechnungsprüfungsordnung der Stadt Emmerich am Rhein vom 12.04.2000 so neu zu fassen, wie dies unter Ziffer 2 in der Sachdarstellung dieser Vorlage formuliert ist.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

**14 14 - 14 0731/2007 E1 Beschlussfassung über die Jahresrechnung 2006 und
über die Entlastung des Bürgermeisters gem . § 94
Abs. 1 GO NW**

Mitglied Beckschaefer erklärt, dass seine Fraktion der Entlastung des Bürgermeisters mit Bedenken zustimmt, da der Verwaltungshaushalt nur durch Entnahmen aus dem Vermögenshaushalt finanziert werden konnte. Dieses verstößt gegen haushaltsrechtliche Bestimmungen. Der Landrat hat zur Haushaltsgenehmigung 2006 darauf hingewiesen, dass ein Haushaltssicherungskonzept möglichst vermieden werden sollte. Seine Fraktion hofft, dass mit dem Haushalt 2008 eine Wende der Finanzpolitik eintritt. Zum Abschluss bedankt sich Mitglied Beckschaefer im Namen seiner Fraktion beim Rechnungsprüfungsamt für die geleistete Arbeit.

Der Vorsitzende übergibt den Vorsitz an den stellv. Vorsitzenden Ulrich.

Der stellv. Vorsitzende lässt über die Punkte a) und b) getrennt abstimmen.

Der Rat beschließt

- a) gemäß § 94 Abs. 1 Satz 1 GO NW die geprüfte Jahresrechnung für das Haushaltsjahr 2006 mit dem dargestellten Ergebnis festzustellen,
- b) entsprechend § 94 Abs. 1 Satz 2 GO NW dem Bürgermeister für das Haushaltsjahr 2006 Entlastung zu erteilen.

Beratungsergebnis: Zu a) 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen
zu b) 29 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

Der Bürgermeister Diks hat zu Punkt b) nicht mit abgestimmt.

Nach der Abstimmung übergibt der stellv. Vorsitzende den Vorsitz wieder an den Vorsitzenden.

**15 41 - 14 0754/2007 Beratung und Beschlussfassung über den Bericht der
Prüfung des Lageberichtes und des Jahresabschlusses
für das Wirtschaftsjahr 1. August 2006 bis 31. Juli 2007
des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte der Stadt
Emmerich am Rhein**

Mitglied Gies stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt:

1. Der Jahresabschluss des Eigenbetriebes Kultur Künste Kontakte zum 31.07.2007 wird festgestellt.
2. Der Jahresertrag i. H. v. € 1.874,00 € wird an die Stadt Emmerich am Rhein abgeführt.
3. Der Betriebsleitung wird für das Wirtschaftsjahr 2006/2007 Entlastung erteilt.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

16 70 - 14 0747/2007 Änderung der Anlage zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006 hier: 2. Nachtragssatzung

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt

- 1) die in der Begründung genannten Ausführungen zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und
- 2) die als Anlage 1 gekennzeichnete 2. Nachtragssatzung zur Straßenreinigungssatzung der Stadt Emmerich am Rhein vom 13.12.2006.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

17 70 - 14 0748/2007 Änderung der Gebührensatzung zur Abfallentsorgung der Stadt Emmerich am Rhein vom 16.12.1999 hier: 6. Nachtragssatzung

Mitglied Diekman stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt

1. die in der Begründung gekennzeichnete Neukalkulation der Abfallgebühr für das Jahr 2008 zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und
2. die als Anlage 1 gekennzeichnete 6. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung zur Abfallentsorgung der Stadt Emmerich am Rhein vom 16.12.1999.

Beratungsergebnis: 30 Stimmen dafür, 0 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

18 70 - 14 0749/2007 Beratung des Wirtschaftsplans der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein für das Wirtschaftsjahr 2008

Mitglied Diekman verweist auf die Sitzung des Betriebsausschusses Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein in der für die Anschaffung einer Fahrzeugwaage Kostenstelle 7050 (20 T€) sowie eines Geräteträgers (75 T€) mit dazugehörigem Mähgerät (20 T€) Kostenstelle 7070 Sperrvermerke erhoben wurden. Er stellt den Antrag, gemäß Vorlage zu beschließen.

Mitglied Sickelmann macht für ihre Fraktion die Ablehnung deutlich. Die Abwasserpreise werden künstlich niedrig gehalten, die Preiserhöhung aufgrund von Energieindexsteigerungen von 16 % ist nur zur Hälfte weitergegeben worden. Aufgrund der nächsten Energieindexsteigerungen kommen in nächster Zeit Preisanstiege auf die Bürger zu. Dieses wird aus diesem Wirtschaftsplan nicht eindeutig klar.

Mitglied Beckschaefer gibt zu bedenken, dass die Verzinsung des Kapitals, welches bei der Gründung der KBE seitens der Stadt Emmerich am Rhein eingebracht wurde, im nächsten Jahr teilweise aus der Rücklage finanziert werde. Sollten sich zukünftig hieraus Gebührenerhöhungen ergeben, seine Fraktion sich dafür einsetzt, dass die Kapitalverzinsung auf einen heutzutage üblichen Zinssatz gesenkt wird. Dem heute vorliegenden Wirtschaftsplan stimmt die BGE-Fraktion zu.

Mitglied Kunigk schließt sich dem Antrag von Mitglied Diekman, gemäß Vorlage zu beschließen (einschl. Sperrvermerke), an.

Der Vorsitzende lässt hierüber abstimmen.

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beschließt

1. den anliegenden Wirtschaftsplan der Kommunalbetriebe Emmerich am Rhein für das Jahr 2008 und
2. die Vorabführung eines Betrages in Höhe von 981.732,00 € an die Stadt Emmerich am Rhein im Rahmen der Eigenkapitalverzinsung gemäß § 26 Abs. 2 EigVO.

Beratungsergebnis: 28 Stimmen dafür, 2 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen

19 **Mitteilungen und Anfragen**

Mitteilungen

Mitteilungen von Ersten Beigeordneten Dr. Wachs

1. Sondergenehmigung

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt auf eine Anfrage von Mitglied Siebers betr. Sondergenehmigung für die PKW's der Johanniter/Caritas auf dem Parkplatz der Europa-Hauptschule mit, dass den Organisationen Sondergenehmigungen erteilt worden sind, die beinhalten in eingeschränkten Halteverböten, Parkplätzen, bewirtschafteten Parkplätzen usw. so lange zu parken, wie sie ihre Pflögetätigkeit ausüben. Wo die PKW's der Einrichtungen abgestellt werden, wenn die Mitarbeiter nicht mehr im Dienst sind, wird derzeit vom zuständigen Fachbereich und den einzelnen Organisation in Gesprächen geprüft, um eine Lösung zu finden.

2. Bushaltestelle Goebelstraße

Erster Beigeordneter Dr. Wachs teilt mit, dass die Bushaltestelle weiterhin von der Linie 88 und 90 angefahren wird. Die Niag prüft zur Zeit, ob ab dem neuen Fahrplan Mai/Juni 2008 die Haltestelle noch notwendig ist.

3. Gehweg Bahnhofstraße im Bereich der Jet-Tankstelle

Zum Zeitpunkt der Anfrage von Mitglied Labod in der Sitzung des HFA am 27.11.2007 war die Bahn AG diesbezüglich schon angeschrieben. Aufgrund der Nichtbeseitigung der Verschmutzung sei man jetzt im Mahnverfahren.

4. Nicht angewachsenen Bäume an der Viergartenstraße

Hierzu teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass dieses eine forstbauliche Maßnahme von Frau Dohmen ist; von der Verwaltung wurde nochmals auf diesen Zustand hingewiesen.

4. Rauchverbot; hier: Mitteilung vom Vorsitzenden

Der Vorsitzende weist auf das ab 01.01.2008 für alle Räumlichkeiten des Rathauses - und somit auch für die Sitzungs- und Fraktionsräume - geltende Rauchverbot hin.

Anfragen

1. PAN; hier: Anfrage von Mitglied Gertsen

Mitglied Gertsen fragt nach, ob es richtig ist, dass sich eine Gruppe von ca. 30 Ehrenamtlichen bemüht, die Arbeit im Plakatmuseum wieder aufleben zu lassen. Die Verwaltung bejaht diese Frage und bedankt sich bei den Ehrenamtlichen, die sich hier im Ratssaal befinden. Die Verwaltung wird diese Arbeit nach Möglichkeit begleiten.

2. Fällen von Bäumen;
hier: Anfrage von Mitglied Sickelmann

Auf entsprechende Anfragen von Mitglied Sickelmann betr. der Baumfällungen auf dem Bellevue-Grundstück in Elten und dem Grundstück Ecke `s-Heerenberger Straße teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass auf dem Bellevue-Grundstück in Hochelten unerlaubt Sträucher entfernt worden sind und einige LKW-Ladungen Erde angeschüttet worden sind. Die Arbeiten wurden von der Verwaltung stillgelegt und es wurde Strafanzeige erstattet, dem sich ein zivilrechtliches Verfahren anschließen wird. Nach dem landschaftspflegerischen Begleitplan, der zu dem Bebauungsplan umfassend erstellt worden ist, wird festgestellt, wie groß der Schaden ist und wenn möglich, eine Naturalrestitution gefordert.

Im Fall des Steintorgeländes verhält es sich ähnlich. Der Eigentümer hat ebenfalls eine Antrag auf Rodungsarbeiten gestellt. Von der Verwaltung ist ausdrücklich auf die Baumschutzsatzung hingewiesen worden und festgelegt welche Bäume nicht und welche Bäume unter die Baumschutzsatzung fallen und nicht gefällt werden dürfen. Man hat sich darüber hinweggesetzt und Bäume gefällt. Hier wird wie im vorher geschilderten Fall verfahren.

Mitglied Sickelmann verweist auf die bisher durchgeführten Ersatzpflanzungen die für gerodete Grundstücke getroffen worden sind. Viele Bäume sind nicht angewachsen, sei es durch Wassermangel im Sommer oder dass die nachhaltige Pflege nicht gegeben war.

3. LKW-Verkehr auf dem Borgheeser Weg;
hier: Anfrage von Mitglied Beckschaefer

Mitglied Beckschaefer teilt mit, dass Erde der Baustelle Budberger Straße auf ein Grundstück vor dem Campingplatz in Elten gefahren wird. Anwohner des Borgheeser Weges fühlen sich durch diesen Schwerlastverkehr belästigt. Die Verwaltung sagt Überprüfung zu.

4. Fahrradständer in der Kaßstraße;
hier: Anfrage von Mitglied Weicht

Auf entsprechende Nachfrage von Mitglied Weicht teilt Erster Beigeordneter Dr. Wachs mit, dass im Bereich Hottomannsdeich ein Fahrradständer aufgebaut wird oder sogar schon aufgestellt wurde.

Ob im Bereich der Kaßstraße noch Fahrradständer aufgestellt werden können, wird von der Verwaltung überprüft.

5. Solidaritätsbeitrag NRW;
hier: Anfrage von Mitglied Diekman

Auf Nachfrage von Mitglied Diekman teilt der Vorsitzende mit, dass es durchaus möglich ist, dass die Stadt Emmerich am Rhein einen Betrag des zu hoch gezahlten Solidaritätsbeitrages für die neuen Bundesländer zurück erhält. Konkretes kann derzeit jedoch nicht gesagt werden.

6. Reinigung Budberger Straße;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Die Reinigung der Verschmutzung der Budberger Straße durch die derzeitigen Bauarbeiten wird durch den Bauunternehmer durchgeführt.

7. Aschenbecher;
hier: Anfrage von Mitglied Kukulies

Mitglied Kukulies fragt nach, ob man die ab dem 01.01.2008 nicht mehr benötigten Aschenbecher einer paritätischen Organisation zukommen lassen kann.

20 Einwohnerfragestunde

Anfragen seitens der Bürger werden nicht gestellt.

Der Vorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.42 Uhr, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Vorsitzender

Schriftführerin